PDir a. D. Dipl.-Ing. Bernd Schwab
Bruno-Hirschfeld-Str. 1
56076 Koblenz

30.09.2002

Minister des Innern und für Sport
- Herrn Walter Zuber -
Schillerplatz 3-5

55116 Mainz

Sehr geehrter Herr Minister,

das Bundesverwaltungsgericht hat im Revisionsverfahren mit Urteil BVerwG 6 CN 6.01 vom 03. Juli 2002 die Nichtigkeit der niedersächsischen Verordnung über das Halten gefährlicher Tiere bestätigt. Mittlerweile liegt auch die Urteilsbegründung vor.

Als zwingende Folge dieses Urteils wird auch die rheinland-pfälzische Gefahrenabwehrverordnung - Gefährliche Hunde - vom 30. Juni 2000 (GefAbwV) ganz oder teilweise für nichtig zu erklären sein.

Es bleibt festzustellen, dass der VGH Rheinland-Pfalz in seinem Urteil VGH B 12/00, VGH B 18/00 und VGH B8/01 vom 04.07.2001 die bundesrechtliche Begrenzung der Verordnungsgewalt nach dem Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) schlicht und einfach übersehen hat.

Aus dem rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassungssystem (Art. 20 Abs. 1 und 3, Art. 28 Abs. 1 GG) folgt, dass in einem Gesetz, durch das die Exekutive zum Erlass von Rechtsverordnungen ermächtigt wird, Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung genau bestimmt sein müssen.

Das POG, das lediglich den Begriff „Gefahrenabwehr“ kennt, ist für den Erlass sicherheitsbehördlicher Verordnungen nur dann geeignet, wenn Gefahren bekämpft werden sollen, die auch tatsächlich dem Gefahrenbegriff entsprechen.

Hierzu hat das Bundesverwaltungsgericht ausgeführt:

„Aus der Zugehörigkeit zu einer Rasse allein lässt sich aber nach dem Erkenntnisstand der Fachwissenschaft nicht ableiten, dass von den Hundeindividuen Gefahren ausgehen.“

Damit befindet sich das Bundesverwaltungsgericht auf einem fachwissenschaftlichen Erkenntnisstand, der in früheren Urteilen, so auch im angezogenen Urteil des VGH nicht gegeben war, so dass auch aus diesem Grunde eine Überprüfung der Rasseliste der GefAbwV dringend erforderlich ist.

Da es an ausreichenden Belegen für einen kausalen Zusammenhang zwischen Rassenzugehörigkeit und Schadenseintritt fehlt, erlaubt das allgemeine Gefahrenrecht keine Maßnahmen des Ordnungsgebers, die allein an die Rassenzugehörigkeit anknüpfen, wie das in § 1 Abs. 2 der GefAbwV geschehen ist.

Derartige Regelungen gehören zur „Gefahrenvorsorge“ und bedürfen, wie das Bundesverwaltungsgericht ausführlich dargelegt hat, einer speziellen landesgesetzlichen Grundlage, die in Rheinland-Pfalz nicht vorhanden ist.

Wir bitten um kurzfristige Mitteilung, ob der rheinland-pfälzische Ordnungsgeber aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes die erforderliche Konsequenzen ziehen und den § 1 Abs. 2 der GefAbwV (Rasseliste) unverzüglich zurückziehen wird oder ob unsererseits die Einleitung rechtliche Schritte erforderlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Schwab